

# Bundestagsdepesche

Aktuelles zur Bundespolitik von Veronika Bellmann  
Mitglied des Deutschen Bundestages für den Wahlkreis Mittelsachsen



Jahrgang 7, Ausgabe 4/2010

[www.bundestagsdepesche.de](http://www.bundestagsdepesche.de)

## Neues aus der Hauptstadt

Liebe Leser,  
die letzten drei Wochen waren besonders schwer für unsere Soldaten in Afghanistan. Binnen kurzer Zeit wurden sieben Soldaten getötet, acht teilweise schwer verletzt. Seit Beginn des Afghanistan-Einsatzes kamen damit 43 deutsche Soldaten ums Leben.

Wir trauern um jeden einzelnen von ihnen, denn sie sind für unsere Sicherheit und damit für unsere Freiheit gestorben. Für die Zukunft gilt: Wir werden Al Qaida und den Taliban das Feld nicht überlassen. Wenn wir unsere Truppen jetzt aus Afghanistan abzögen, nähmen wir verheerende Folgen in Kauf: Nicht nur Afghanistan würde in Chaos und Anarchie versinken, auch unsere Sicherheit und die unserer internationalen Partner wäre existenziell bedroht. Taliban und Al Qaida sind Terrornetzwerke die weltweit von Afghanistan aus operieren. Sie suchen sich Ziele, die sich „lohnen“ und Staaten die „wackeln“. Ein spontaner Rückzug hätte als Konsequenz nicht weniger Opfer, nicht mehr Sicherheit, sondern nur den Triumph eines weltweiten Terrors mit dem Sieg über unser Wertesystem und möglicherweise einem relativ ungehinderten Zugang zu den Atombomben Pakistans. Die politischen und wirtschaftlichen Folgen für die internationale Gemeinschaft wären unabsehbar. Um dieses Szenario zu verhindern, haben die Vereinten Nationen vor acht Jahren den Einsatz in Afghanistan zum Wiederaufbau des Landes und zur Bekämpfung des internationalen Terrors beschlossen. Die damalige rot-grüne Bundesregierung hat die Teilnahme der Bundeswehr am Einsatz in Afghanistan 2001 ebenso beschlossen wie 42 andere Nationen auch. Seit meiner Zugehörigkeit zum Deutschen Bundestag (2002) habe ich mich immer wieder kritisch zu Aus-

landseinsätzen geäußert. Das ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass ich jetzt voll hinter der Entscheidung stehe, die Truppen nicht sofort und überstürzt aus Afghanistan abzuziehen. Deutschland wird seine Bündnisverpflichtungen einhalten. Deshalb kann sich die Bundeswehr unserer großen Unterstützung sicher sein: Der Deutsche Bundestag steht mit großer Anerkennung und Respekt hinter den deutschen Soldaten, denen er das Mandat zu unserem Schutz in Afghanistan und zum Schutz der afghanischen Bevölkerung erteilt hat. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat das in ihrer eindrucksvollen Regierungserklärung noch einmal unterstrichen. Unser Verteidigungsminister hat sich in den letzten Wochen in bemerkenswerter Weise für unsere Soldaten im Norden Afghanistans eingesetzt. Er und unsere Fraktion werden alle nötigen Maßnahmen ergreifen, um unsere Soldaten bestmöglich zu schützen. Es bleibt zu wünschen, dass der parteiübergreifende Konsens in dieser Frage erhalten bleibt.

Mit diesem Rückhalt und der Strategie der „vernetzten Sicherheit“ ist das Ziel zu erreichen, Afghanistan zumindest so weit zu stabilisieren, dass das Land selbst für seine eigene Sicherheit garantieren kann. Dort eine westliche Demokratie einzurichten wird uns ohnehin nicht gelingen, aber die Herstellung von Frieden und Ordnung basierend auf den traditionellen Kulturen kann gelingen. Eine schnellstmögliche Übergabe in Verantwortung ist deshalb der richtige Weg.

*Thore Veronika Bellmann*

## Koalition baut Brücken zur Arbeitswelt

Deutschland hat in den vergangenen zwei Jahren die tiefste Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit erlebt. Dass wir insgesamt noch mit einem „blauen Auge“ durch die schwere Zeit gekommen sind, ist zunächst der Flexibilität der Arbeitnehmer und Unternehmer zu verdanken.

In vielen Firmen wurde das geschlossen, was wir von der Union seit Jahren unterstützt haben: Betriebliche Bündnisse für Arbeit zur Verhinderung von Entlassungen, aber auch zur Sicherung der Zukunft der Unternehmen. Besonders groß war dieser Zusammenhalt vor allem in den

mittelständischen Unternehmen. Auch deshalb bleibt der Mittelstand, es kann nicht oft genug betont werden, das Rückgrat der deutschen Wirtschaft.

Dass viele Betriebe zumindest ihre Stammebelegschaft halten konnten, ist auch der Ausweitung des Kurzarbeitergeldes zu verdanken. Die Zeichen stehen zwar jetzt auf wirtschaftliche Erholung; dennoch ist es richtig, dass die christlich-liberale Koalition noch einmal die Sonderkonditionen für das Kurzarbeitergeld um 15 Monate bis März 2012 verlängert. Denn die Belebung der Konjunktur ver-

läuft in den einzelnen Branchen unterschiedlich. Wir geben den Unternehmen, die noch um den Anschluss kämpfen, schon heute Planungssicherheit bis über das nächste Jahr hinaus. Diese Koalition handelt.

Zwei weitere Elemente aus dem Paket der Bundesregierung, das Brücken für den Arbeitsmarkt bauen soll, sind mir daneben noch besonders wichtig: Jeder Empfänger von Hartz-IV-Leistungen unter 25 Jahren soll innerhalb von sechs Wochen ein Angebot für eine Arbeitsstelle oder eine Fortbildung erhalten. Rund 200.000 junge Leute leben bereits heute von staatlicher Unterstützung. Ihnen müssen wir helfen, damit sie ihr Leben in die eigene Hand

nehmen. Das ist übrigens wieder einmal ein Auftrag, der sich unmittelbar aus dem christlichen Menschenbild ableitet, das Richtschnur für unsere Politik ist: Hilfe zur Eigenverantwortung.

Dazu gehört auch, dass wir für Jugendliche aus Hartz-IV-Familien die Aufnahme von Ferienjobs attraktiver machen. Ich habe mich schon lange dafür ausgesprochen, dass ihr Verdienst nicht von vornherein mit den Bezügen der Eltern verrechnet werden darf. Nun wird ein Betrag von 1.200 Euro freigestellt. Den Kindern und Jugendlichen wird damit gezeigt: Leistung lohnt sich. Wenn ich unabhängig vom Staat bin, kann ich etwas erreichen.

### Berliner Schwerpunkt 1: Regierungserklärung zum Afghanistan-Einsatz

In ihrer Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag hat Bundeskanzlerin Angela Merkel am Donnerstag den Bundeswehr-Einsatz in Afghanistan als notwendig im Kampf gegen den internationalen Terrorismus bezeichnet. „Es wäre ein Trugschluss zu glauben, Deutschland wäre nicht im Visier des internationalen Terrorismus“, sagte die Bundeskanzlerin.

Die Abgeordneten rief die Kanzlerin auf, zu dem erst im Februar beschlossenen Mandat zu stehen. „Wir können von unseren Soldaten nicht Tapferkeit erwarten, wenn uns selbst der Mut fehlt, uns zu dem zu bekennen, was wir beschlossen haben.“ Merkel hob hervor, dass das Mandat über jeden vernünftigen völkerrechtlichen und verfassungsrechtlichen Zweifel erhaben sei. Der Einsatz der Soldaten sei aber nur die letz-



Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel: „Der Einsatz ist notwendig!“

Foto: Markus Hammes

te Option. „Er kann stets nur das letzte Mittel sein, streng gebunden an Völker- und Verfassungsrecht“, sagte Merkel. Ein planloser Abzug könne auch dazu führen, dass Nuklearmaterial aus Nachbarländern in die Hände von Terroristen gelange. Es sei nicht allein eine militärische Aufgabe, dieser Bedrohung zu begegnen. Gleichzeitig räume die Kanzlerin ein: „Es gab manche Fortschritte, es gab zu viele Rückschritte und unsere Ziele waren zum Teil unrealistisch hoch, oder sie waren zum Teil falsch“, räumte die Regierungschefin ein. Alle Redner sprachen den Angehörigen, Freunden und Kameraden der sieben getöteten Bundeswehrsoldaten ihr Mitgefühl aus. Die Soldaten seien gestorben, weil sie Afghanistan zu einem Land ohne Terror und Angst machen wollten, hob die Kanzlerin hervor: „Alle Soldaten, die in Afghanistan Dienst tun, verdienen unsere Solidarität und unser Mitgefühl“.

Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder sagte, der Bundeswehreininsatz sei weiterhin notwendig. „Wir

dürfen nicht zulassen, dass von Afghanistan wieder große Bedrohungen auch für unser Land ausgehen“, rechtfertigte Kauder die Präsenz der Bundeswehr. Deutschland sei an einer Aktion beteiligt, die von den Vereinten Nationen (VN) beschlossen worden sei. Die VN seien darauf angewiesen, dass ihre Mitglieder die Beschlüsse auch umsetzen. Der Einsatz müsse unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit der eigenen Bevölkerung gesehen werden. „Diese jungen Soldaten leisten einen entscheidenden Beitrag dazu, dass wir uns in unserem Land sicher fühlen und sicher bewegen können.“ Kauder warnte zugleich davor, die Menschen in Afghanistan in großer Sorge und Unsicherheit zurückzulassen, wenn die Bundeswehr planlos abziehen würde. Sie müssten damit rechnen, dass die Taliban zu-

rückkämen und sie sich nicht wehren könnten. Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Hans-Peter Friedrich machte klar, dass es das Ziel sei, in Afghanistan eine sich selbst tragende Ordnung zu schaffen. Diese Ordnung müsse eine gewisse Rechtsstaatlichkeit gewährleisten und ermöglichen, dass es Schulen gebe. „Übergabe in Verantwortung“ sei die Leitlinie der Londoner Sicherheitskonferenz. Das setze voraus, dass wir die Sicherheitskräfte der Afghanen handlungsfähig und kampffähig machen.

Zum Auftakt der Sitzung hatten die Abgeordneten der sieben in Afghanistan getöteten Bundeswehrsoldaten gedacht. „Der Deutsche Bundestag und die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes verneigen sich vor den Toten“, sagte Bundestagspräsident Norbert Lammert. Von dem Ziel, ein stabiles demokratisches afghanisches Staatswesen aufbauen zu helfen, dürfe sich die internationale Staatengemeinschaft nicht verabschieden, unterstrich Lammert.

## Berliner Schwerpunkt 2: Flugverkehrseinschränkung wegen Vulkanasche: Sicherheit der Menschen steht an erster Stelle

Die Auswirkungen der isländischen Vulkanasche-Wolke auf den Flugverkehr waren in dieser Woche Thema im Deutschen Bundestag. In einer Regierungserklärung hat Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer deutlich gemacht, dass es alternativlos war, unverzüglich Vorsichtsmaßnahmen zu ergreifen und erhebliche Einschränkungen des Flugverkehrs vorzunehmen. An allererster Stelle stehe im Flugverkehr die Sicherheit für Passagiere und Besatzungen sowie der Menschen am Boden, sagte Ramsauer. Es gebe darüber hinaus ein eindeutiges internationales Regelwerk, das von allen Verantwortlichen einzuhalten sei. Der Minister strich heraus,

der Minister strich heraus,

dass er gleich nach Bekanntwerden der heranziehenden Aschewolke den Krisenstab zusammengerufen habe. Es sei richtig gewesen, diesen am Sitz der Deutschen Flugsicherung (DFS) einzurichten. Beteiligt waren auch Experten des Deutschen Wetterdienstes (DWD) sowie von Anfang an die international zuständige Luftsicherheitsbehörde ICAO.

Der Verkehrsminister führte aus, dass er für die Zukunft unter anderem die Verkürzung der Inspektions- und Wartungsintervalle bei allen Flugzeugen sowie die Einrichtung eines Meldezentrens für Vorkommnisse an Triebwerken durch Vulkanasche veranlasst habe. Hier bestehe nun Meldepflicht für alle Fluggesellschaften an die Flugsicherung.

Der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dirk Fischer, unterstrich, die Entscheidung des Verkehrsministers sei absolut richtig gewesen. Solange nicht auszuschließen sei, dass eine Gefahr für den Luftverkehr und damit eine Gefahr für Leib und Leben besteht, könne man gar nicht anders entscheiden, als den Luftverkehr nahezu auf Null zu steuern. Fischer wies darauf hin, dass das Krisenmanagement trotz der wenigen Erfahrungen mit einem Vul-

kanausbruch dieses Ausmaßes vorbildlich funktioniert habe. Deutschland stünde im Vergleich mit den Nachbarstaaten am besten da: Es verfüge als einziges Land über ein mit Laser-Radar ausgerüstetes Forschungsflugzeug, um erforderliche Messungen durchzuführen. Dass dieses bereits am Montag einsatzbereit war, sei bemerkenswert. Es

komme nun darauf an, die Erfahrungen so gut wie möglich zu verwerten. Alle Messdaten müssten gesammelt und ausführlich ausgewertet werden. Aufgetretene Fragen müssten mit wissenschaftlicher Unterstützung angegangen werden. Auch seien gemeinsame europäische Standards wichtig, um ein einheitliches

Herangehen zu erreichen. Zuallererst jedoch gehe es um die Beseitigung des Staus an den Flughäfen und die Wiederherstellung des normalen Flugverkehrs in Deutschland und Europa. Hierfür könne es sinnvoll sein, das Nachtflugverbot für einige Tage flexibel zu handhaben, wie dies in Hamburg geschehe. Diese Entscheidung sei nicht

leicht, aber es gehe um die Menschen, die nach Hause geholt werden müssten.

Die tourismuspolitische Sprecherin der Unionsfraktion, Marlene Mortler, sprach dem Verkehrsminister ihren Dank für das Krisenmanagement aus. Sie betonte auch die vorbildliche Hilfe der deutschen Reiseveranstalter zusammen mit den zuständigen Bundesministerien und Behörden im In- und Ausland für die gestrandeten Touristen. Sie verwies darauf, dass der Tourismusausschuss des Bundestags sich nun mit allen wichtigen Akteuren der Tourismusbranche, der Fluggesellschaften, der Flughäfen - auch der Verbraucherzentrale Bundesverband

wird dabei sein -, mit Vertretern der Bundesregierung, der Reiseveranstalter und der Reisebüros zusammensetzen werde, um intensiv darüber zu beraten, wie der aktuelle Stand sei und was nun kommen müsse.



### Die 16. Kalenderwoche im Deutschen Bundestag - ein Auszug

Wir haben das **Erste Gesetz zur Änderung des Telemediengesetzes** beschlossen. Es dient der 1:1 Umsetzung der Richtlinie 2007/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Dezember 2007 zur Änderung der Richtlinie 89/552/EWG des Rates zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Ausübung der Fernsehaktivität (Audiovisuelle-Mediendienste-Richtlinie). Die Richtlinie aktualisiert die Vorschriften für die audiovisuelle Branche und schafft einen umfassenden Rechtsrahmen, der sämtliche audiovisuelle Mediendienste abdeckt. Ziel ist es, die Rechtssicherheit innerhalb der Gemeinschaft zu verbessern und gleiche Wettbewerbsbedingungen innerhalb der geltenden rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen. Ebenfalls beschlossen wurde das **Zweite Gesetz zur Änderung des Vorläufigen Tabakgesetzes**. Dieses dient ebenfalls der 1:1 Umsetzung der Audiovisuelle-Mediendienste-Richtlinie (Richtlinie 2007/65/EG) im Hinblick auf das Verbot des Sponsorings und der Produktplatzierung durch Tabakunternehmen. In Ergänzung der bereits bestehenden Werbe- und Sponsoringverbote nach dem Vorläufigen Tabakgesetz werden für audiovisuelle Mediendienste und Sendungen ein Verbot des Sponsorings durch Tabakunternehmen und ein Verbot der Produktplatzierung zugunsten von Tabakerzeugnissen oder Tabakunternehmen entsprechend den Vorgaben der Richtlinie 2007-65/EG geregelt.

In erster Lesung haben wir das **Gesetz über die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Vergütungssysteme von Instituten und Versicherungsunternehmen** beraten. Damit schaffen wir die gesetzliche Grundlage, um als Reaktion auf die Finanzmarktkrise internationale Prinzipien an angemessene und transparente Vergütungssysteme umzusetzen. Es handelt sich um die vom Financial Stability Board im Jahre 2009 entwickelten und von den G-20 gebilligten Prinzipien für Standards für solide Vergütungspraktiken, die verhindern sollen, dass zukünftig Vergütungsstrukturen insbesondere im Bankbereich zur Übernahme von Risiken beitragen. Dazu werden im Kreditwesengesetz (KWG) und im Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) die schon bestehenden gesetzlichen Anforderungen an das Risikomanagement von Instituten und Versicherungsunternehmen um Vorgaben für angemessene und transparente Vergütungssysteme erweitert. Gestärkt werden auch die Eingriffsrechte der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin).

In dieser Woche haben wir auch das **Einvernehmen zwischen Bundestag und Bundesregierung zum Beitrittsantrag der Republik Island zur Europäischen Union und zur Empfehlung der EU-Kommission vom 24. Februar 2010 zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen** erklärt. Die

Republik Island hat am 17. Juli 2009 einen Antrag auf Beitritt zur Europäischen Union gestellt. Nach der neuen Begleitgesetzgebung zum Vertrag von Lissabon hat der Deutsche Bundestag im Falle von Beitritten zur Europäischen Union ein frühzeitiges Mitspracherecht. § 10 EUZBBG schreibt vor, dass die Bundesregierung vor einer Entscheidung im Rat das Einvernehmen mit dem Deutschen Bundestag herstellen soll. Dieses Einvernehmen wird durch den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bestätigt.

Wir debattierten die **Übergangsmaßnahmen zur Zusammensetzung des Europäischen Parlaments nach Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon**, die sich daraus ergeben, dass der Vertrag erst nach den Wahlen zum Europäischen Parlament in Kraft getreten ist. Auch hier ist das Einvernehmen zwischen Deutschem Bundestag und Bundesregierung nach § 10 EUZBBG herzustellen.

Das in erster Lesung beratene **Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung einer Stiftung „Deutsches Historisches Museum“** regelt die Besetzung der Sitze im Stiftungsrat der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“. Sowohl der Stiftungsrat als auch der wissenschaftliche Beraterkreis werden erweitert, das Berufungsverfahren für den Stiftungsrat wird modifiziert. Die Zahl der Mitglieder im Stiftungsrat erhöht sich von 13 auf 21, im wissenschaftlichen Beraterkreis von neun auf bis zu 15. Die Wahl der Stiftungsratsmitglieder soll durch den Deutschen Bundestag erfolgen.

Der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP **Gewährleistung der Sicherheit der Eisenbahnen in Deutschland** beruht auf der Erkenntnis, dass aufgrund der Serie gefährlicher Ereignisse mit Radsatzwellen bei ICE-Zügen sowie der Probleme bei der Berliner S-Bahn Verbesserungen bei der Sicherheit der Eisenbahnen erforderlich sind. Wir fordern die Bundesregierung auf, ein Konzept für die Weiterentwicklung der Gewährleistung der Sicherheit der Eisenbahnen vorzulegen.

Der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP **Qualitätsoffensive in der Berufsausbildung** stellt die aus Sicht der Koalitionsfraktionen in der Berufsbildung zu setzenden Schwerpunkte zusammen. Durch frühzeitigeres Ansetzen im Schulbereich (Berufsorientierung, Berufsberatung, individuelle Begleitung) soll der Übergang in eine Berufsausbildung leistungsschwächeren Jugendlichen ermöglicht werden. Mit Blick auf den im Herbst zu verlängernden Ausbildungspakt enthält der Antrag einen Appell an die Gewerkschaften, sich an der Weiterentwicklung des Ausbildungspaktes zu beteiligen und ihren eigenständigen Beitrag für eine verbesserte Berufsausbildung zu leisten.

## Rede von Veronika Bellmann im Deutschen Bundestag zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Island - 22. April 2010

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Als letzte Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt hat jetzt das Wort die Kollegin Veronika Bellmann von der CDU/CSU-Fraktion.

*(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)*

*Veronika Bellmann (CDU/CSU):*

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Aus Überlieferungen ist bekannt, dass die isländische Hauptstadt Reykjavik übersetzt so viel wie „rauchende Bucht“ heißt und die Isländer ihre Vulkane als „Eingänge zur Hölle“ bezeichnen. So weit muss man nicht gehen; aber es sind in den letzten Tagen nun wirklich viele mehr oder weniger gut gelungene Sprachbilder in Bezug auf Island gebraucht worden.

*(Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Damit meinten Sie den Kollegen Silberhorn!)*

Es ist uns jedoch allen klar geworden, dass die Bezeichnung „Naturgewalten“ wohl ihre Berechtigung hat. Denn die Natur hat europäisch, ja sogar global Gewalt ausgeübt. Eine ganz andere Form der Gewalt, nämlich die gesetzgebende, ist das, was uns hier in unserem Hause beschäftigt und was auch Mittelpunkt der heutigen De-

batte ist. Der vorliegende Antrag der Koalitionsfraktionen wurde von den Fraktionen und den Facharbeitsgruppen sehr intensiv beraten und ist eine gute Arbeitsgrundlage. Insofern brauchen wir uns gerade von Herrn Roth kein zu geringes Engagement vorwerfen zu lassen.

*(Michael Roth [Heringen] [SPD]: Das ehrt mich aber jetzt!)*

Ganz im Gegenteil: Wir haben uns sehr zeitig und sehr intensiv damit befasst.

*(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Michael Roth [Heringen] [SPD]: Danke, Frau Kollegin, für diese Bemerkung!)*

Ich lobe Sie gleich noch, Herr Roth. Also nehmen Sie sich

mal wieder zurück. Aber auch die Anträge der anderen Fraktionen sind von der gleichen Grundintention geprägt, nämlich sich positiv in Richtung Island zu artikulieren. Deshalb habe ich auch keine Zweifel, dass wir heute ein Einvernehmen zur Aufnahme von Verhandlungen mit Island über den Beitritt zur EU herstellen können. Damit hat die Bundesregierung rechtzeitig – ich betone: rechtzeitig – den notwendigen parlamentarischen Rückhalt, um im Europäischen Rat ihre Zustimmung zu den Verhandlungen über die Aufnahme Islands in die EU zu geben.

Insofern verstehe ich nicht, warum die Opposition in den letzten Tagen und Wochen sozusagen im Galopp durch diese Vorberatungen hindurch wollte. Für meine Begriffe ist es besser, einen kleinen Schritt zu gehen und voranzukommen, als durch zu große Schritte ins Stolpern zu geraten.

Wir haben nun wirklich lange genug um die Mitspracherechte in den Angelegenheiten der Europäischen Union gerungen; meine Vorredner haben es sehr oft betont. Jetzt haben wir sie, und wir wollen verantwortlich damit umgehen, weil genau das für die Akzeptanz europapolitischer Entscheidungen bei den Bürgern wichtig ist. Kei-

ner, aber auch wirklich keiner hätte etwas davon gehabt, wenn wir nur durch die Thematik gehastet wären und irgendetwas erzwungen hätten.

*(Michael Roth [Heringen] [SPD]: Nach Hast sehen Sie ja nun gerade nicht aus!)*

Ich bin davon überzeugt, dass es der Würde eines Beitrittslandes – sei es auch noch so klein – nicht gerecht würde, wenn wir uns nicht ausreichend mit ihm befassen würden. Zudem entspricht es nicht der Würde unseres Hauses, die Ausschüsse, die noch Beratungsbedarf haben, (Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Welche Ausschüsse waren das denn? Keiner hat was mitgeteilt!) unter Druck zu setzen und ihnen zu sagen: Geht nicht!



Wir haben bis zum Fristablauf und zur Befassung des Europäischen Rates zwar noch ausreichend Zeit, aber wir wollen – vor wem auch immer – glänzen und müssen dafür eure parlamentarischen Rechte leider ein wenig einschränken.

Diese Hast und auch diese in der Vergangenheit so oft vorgetragene blinde Europa-Euphorie war gestern.

*(Michael Roth [Heringen] [SPD]: Ich sehe noch sehr gut!)*

Heute sind gerade bei geplanten Beitritten Realitätssinn und ein ganzes Stück Entschleunigung gefragt. Übereilte Zusagen entziehen den Verhandlungspartnern nur Sicherheit. Für ein kleines beitragswilliges Land bedeutet es Sicherheit, wenn es auf Grundlage eines einstimmigen Ratsbeschlusses, der auf stabilen Fundamenten entsprechender Beschlüsse in den Nationalstaaten steht, auf gleicher Augenhöhe mit der großen EU über den Beitritt verhandelt. Zu dieser sehr ehrlichen und offenen Aussage habe ich bei unseren Gesprächen in Island absolut keinen Widerspruch gehört.

Island kann Europa bereichern, Europa kann Island bereichern. Das Land gilt als sehr umweltfreundlich. Wir können gerade im Hinblick auf erneuerbare Energien, eine moderne Fischereipolitik und nachhaltiges Wirtschaften unheimlich viel von ihm lernen.

*(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Manuel Sarrazin [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN]: Das ist richtig! Da können wir viel lernen!)*

Island ist bereits heute weitgehend in den Wirtschafts- und Rechtsraum der EU integriert. Das Land gehört zum Anwendungsbereich des Schengener Abkommens und nimmt am EU-Binnenmarkt teil. Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft sind gesetzt, ebenso die Achtung der Menschenrechte. Herr Thönnes hat es schon angesprochen: Wenn man sich ein wenig mit der Geschichte Islands beschäftigt, dann erfährt man, dass dort bereits seit dem Jahr 930 Parlamente gewählt wurden.

Damit hat das Land eine sehr tief verwurzelte demokratische Tradition. Wir trauen diesem Land auch zu – das verlangen wir auch, wenn es zum Beitritt kommt –, dass es die Ziele und Verpflichtungen der politischen Union, also den gemeinschaftlichen Besitzstand, übernimmt. Deshalb sind Anpassungen in den Bereichen Fischerei, kommerzieller Walfang – darüber wurde schon viel gesprochen –, Landwirtschaft, Regionalpolitik, Kapitalverkehr und Finanzdienstleistungen notwendig. Damit werden die Kopenhagener Kriterien erfüllt; so sieht es zumindest die Kommission. Auf die Konvergenzkriterien trifft das allerdings nicht zu – Herr Silberhorn hat es schon angesprochen –: Mit einer Schuldenstandsquote von 125 Prozent und einem Haushaltsdefizit von 14,4 Prozent ist das Land weit vom Euro-Raum entfernt.

Deutschland hat den Ausbau der Beziehungen zwischen Island und der EU bis hin zu einer Vollmitgliedschaft im-

mer begrüßt, nur waren die Isländer bisher sehr zurückhaltend. Diese Zurückhaltung löste sich erst mit Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise, die Island in ziemliche Turbulenzen gestürzt hat. Lieber gestern als heute wäre man dem Euro-Raum beigetreten und erst dann der EU. Als klar wurde, dass der Mechanismus genau andersherum verläuft – erst der Beitritt zur EU, dann zur Währungsunion –, dass für Island im Beitrittsprozess trotz Krise dieselben Kriterien, Bedingungen und Verfahren wie für jeden anderen beitragswilligen Staat gelten, dass es keinen Beitrittsautomatismus geben würde, ebte die Euphorie erheblich ab. Hinzu kamen schwierige Verhandlungen über Rückzahlungsforderungen Großbritanniens und der Niederlande; dabei ging es um Schulden der isländischen Direktbank Icesave bei diesen Ländern in Höhe von immerhin 3,9 Milliarden Euro.

Die Isländer sind beim Thema EU-Beitritt zwischen Pro und Kontra hin und her gerissen. Deshalb kommt es nicht nur auf die Verhandlungsweise der EU an, sondern auch darauf, ob und wie gut der isländischen Regierung die Argumentation für einen EU-Beitritt in der Öffentlichkeit gelingt. Ich denke, dass die isländische Ministerpräsidentin nicht unbedingt schlagende Argumente anwendet, wenn sie auf solche Darstellungen wie auf einem Wandteppich im Kabinettsaal der isländischen Regierung zurückgreift: Hier hat sie einen Knüppel in der Hand und drischt dem Finanzminister – ich glaube, er ist von den Grünen – so lange auf den Kopf ein, bis sich bei ihm zwölf Europasterne um den Kopf drehen.

*(Franz Thönnes [SPD]: So ähnlich wie hier in der Koalition!)*

Die Isländer werden in ein paar Jahren nach Ablauf der Verhandlungen in einem Referendum beweisen können, wie sie den EU-Beitritt sehen. Dann werden wir sehen, ob wir mit der heutigen Einvernehmenserklärung hinsichtlich der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen die Grundlage für einen gemeinsamen europäischen Weg gelegt haben oder ob das alles – jetzt nutze ich doch ein Sprachbild mit dem Vulkan – ein Tanz auf dem Vulkan gewesen ist.

Ich hoffe es nicht. Ich hoffe vielmehr, dass die Isländer auch hier neue Wege gehen und an ihre wichtigste Industrie denken, an die Fischereindustrie. Denn die Fischer – so sagt ein altes Sprichwort – suchen ihre Fische dort, wo sie sind, und nehmen jeden Tag einen neuen Weg, um sie ausfindig zu machen. So kann es sein, dass der Weg von gestern nicht der Weg zu den Fischen von heute ist. Jeden Tag einen neuen Weg gehen und Mut zum Beitritt – das wünsche ich den Isländern und auch uns. Vielen Dank.

*(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Michael Roth [Heringen] [SPD]: Das waren aber mehr als sieben Minuten!)*



**Veronika Bellmann**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
EU-Obfrau der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Paul Löbe Haus, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

☎ (030) 227 – 77620

✉ (030) 227 – 76602

veronika.bellmann@bundestag.de

www.veronika-bellmann.de

**PRESSEMITTEILUNG**

## **Diagnose-chronischer Ärztemangel**

BM Rößlers Therapie muss schnell greifen - Bundesländer sind jetzt am Zug, Sachsen muss vorangehen

6. April 2010 [...]

## **Parlamentarisches Partnerschaftsprogramm (PPP) 2010/2011**

CDU-Bundestagsabgeordnete Veronika Bellmann nominiert Austauschschülerin für das PPP-Stipendium 2010

13. April 2010 [...]

## **Verkehrsministerkonferenz in Bremen muss wegen Frostschäden an Straßen Klarheit für Kommunen bringen**

13. April 2010 [...]

## **Bellmann: Strecken-Streichliste der Bahn AG ist Bundesregierung nicht bekannt**

20. April 2010 [...]

## **„Innovationsallianz Photovoltaik“ ist gut für Solarindustrie in Ost-Deutschland**

Zum Beschluss des Bundeskabinetts zur „Innovationsallianz Photovoltaik“ erklärt die Mittelsächsische CDU-Bundestagsabgeordnete Veronika Bellmann MdB:

22. April 2010 [...]

## **Windpark Moldava: Zusammenarbeit mit Tschechen könnte besser sein**

Bellmann befragt Bundesumweltminister Dr. Norbert Röttgen (CDU) nach Sachstand Windpark Moldava

22. April 2010 [...]

## **Schülerferienjobs zukünftig anrechnungsfrei**

23. April 2010 [...]

Die vollständigen Pressemitteilungen finden Sie unter  
[www.veronika-bellmann.net/pressemitteilungen](http://www.veronika-bellmann.net/pressemitteilungen)

## Kurz notiert

### Nachfrage nach Produkten „Made in Germany“ steigt

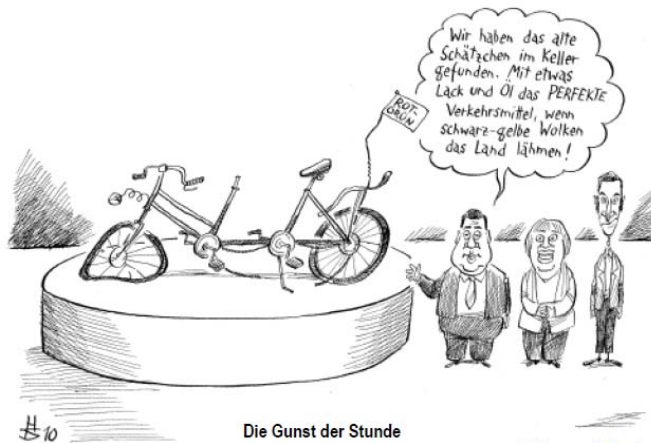
Die deutschen Exporte haben im Februar 2010 überraschend deutlich zugelegt: Die Ausfuhren wuchsen im Vergleich zum Vorjahr um 9,6%. Insgesamt wurden im Februar Waren im Wert von 70 Mrd. € exportiert. Kalender- und saisonbereinigt nahmen die Ausfuhren damit gegenüber dem Januar um 5,1% zu. Die Außenhandelsbilanz schloss im Februar mit einem Überschuss von 12,6 Mrd. € ab. Im Februar des Vorjahres hatte der Saldo noch 8,9 Mrd. € betragen. (Quelle: Statistisches Bundesamt)

### Aufwendungen für Arzneimittel steigen stärker als Gesundheitsausgaben

In Deutschland betragen die Gesamtausgaben für Gesundheit im Jahr 2008 insgesamt 263,2 Mrd. €. Gegenüber dem Vorjahr stiegen sie damit um 9,9 Mrd. € oder +3,9%. Für Arzneimittel wurden im Jahr 2008 von allen Ausgabenträgern gut 43,2 Mrd. € ausgegeben (+1,6 Mrd. €; +3,7%). Dabei wurden die stark überdurchschnittlichen Ausgabenanstiege für Arzneimittel der gesetzlichen und privaten Krankenversicherung von einem Rückgang der Zahlungen der privaten Haushalte, z.B. im Bereich der Selbstmedikation, abgeschwächt. Betrachtet man die Entwicklung über einen längeren Zeitraum (2000-2008), so wird deutlich, dass die Aufwendungen aller Ausgabenträger für Arzneimittel mit einem durchschnittlichen jährlichen Anstieg von +4% deutlich stärker als die gesamten Gesundheitsausgaben (+2,7%) wachsen. Bei sich eher konstant entwickelnden Preisen und rückläufigen Mengen wird der Ausgabenanstieg für Arzneimittel insbesondere durch die sogenannte Strukturkomponente (hier: Substitution eines Medikamentes durch ein indikationsgleiches, jedoch neueres und aufgrund des Patentschutzes meist teureres Arzneimittel) angetrieben. (Quelle: Statistisches Bundesamt und GKV-Arzneimittelindex).

### Deutsche Export Performance von 2000 bis 2009

Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilt, ist der deutsche Index der Export Performance mit den 25 wichtigsten Partnerländern von 2000 bis 2009 um knapp 11% gestiegen. Gemessen am Bezugsjahr 2005 stieg der Index in diesem Zeitraum zwischen 2000 und 2009 von 92 auf 102 Punkte. Die Export Performance misst den Marktanteil deutscher Warenexporte an den Importen der bedeutendsten Partnerländer. Der Index beschreibt, wie sich der Anteil der deutschen Waren an den Gesamtimporten dieser Länder im Zeitablauf verändert hat. Wachsen die deutschen Exporte in die Partnerländer schneller als deren Gesamtimporte, so steigt der deutsche Export-Performance-Index. Dem Anstieg des Export Performance Index von 2000 bis 2003 von 92 auf 106 Punkte folgte von 2003 bis 2006 ein Rückgang von 106 auf 100: Die deutschen Exporte waren langsamer gewachsen als die



Die Gunst der Stunde

Zeichnung: Sakurai

Gesamtimporte der 25 größten Partnerländer. Nach einem erneuten Anstieg auf 104 im Jahr 2007 ging der Index 2008 wieder auf den Wert von 2006 zurück. 2009 verbesserte er sich erneut, und zwar auf 102 Punkte. Betrachtet man einzelne Partnerländer, so zeigt sich, dass der deutsche Export-Performance-Index (2005=100) im Jahr 2009 einen besonders hohen Stand gegenüber China (127), Österreich (111), Polen (110), Dänemark (109) und der Schweiz (109) erreichte. Besonders niedrig war er gegenüber der Slowakei (80), Portugal (82), Ungarn (83), der Türkei (84) und Japan (85).

## Termine

- |   |  |
|---|--|
| 25.04. 2. Schirmherrin des Jazz & Modern Dance Turniers in Freiberg                       | 02.-03.05. Verkehrspolitikerkonferenz in Düsseldorf          |
| 26.-27.04. Fachgespräche der AG Verkehr (CDU/CSU-Bundestagsfraktion) in Brüssel           | 03.-07.05. Sitzungswoche des Deutschen Bundestages in Berlin |
| 28.04. Sitzung des Kreistagsausschusses für Umwelttechnik in Striegistal.                 |  |
| 29.04. Bürgersprechstunde in Freiberg   |  |
| 29.04. Gründungsveranstaltung des Schülerforschungszentrums Sachsen e.V. in Freiberg      |  |
| 29.04. Geburtstagsempfang Döbelner Anzeiger in Döbeln                                     |  |
| 30.04. Verabschiedung Präsident Karl Noltze in Chemnitz                                   |  |
| 30.04. Regionalkonvent in Chemnitz  |  |
| 30.04. Eröffnungsveranstaltung Blütenfestwoche in Leisnig                                 |  |
| 01.05. Veranstaltung des Heimatverein Eppendorf und der kath. Gemeinde Flöha-Augustusburg |  |
| 02.05. Deutsch-Tschechische Begegnungstag in Oederan                                      |  |

## Kontakt

### Berlin

Platz der Republik 14, 11011 Berlin  
Tel.: (030) 227 77607

Fax: (030) 227 76602

veronika.bellmann@bundestag.de

### Freiberg

Erbische Str. 5, 09599 Freiberg

Tel.: 03731 212967

Fax: 03731 459446

veronika.bellmann@wk.bundestag.de

### Döbeln

Zwingerstraße 2a, 09420 Döbeln

Tel.: 03731 212967

Fax: 03731 459446

veronika.bellmann@wk.bundestag.de

### www.veronika-bellmann.de

Redaktion der Bundestagsdepesche:

Veronika Bellmann

Markus Jaeger

www.bundestagsdepesche.de